



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi, MdB, Andreas Magg und Norbert Seidl fordern gemeinsam einen Rettungsschirm für die bayerischen Kommunen

Olching, 21.04.2020

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Von der Corona-Krise sind nicht nur Unternehmen, sondern insbesondere auch die Städte und Gemeinden in Bayern stark betroffen und müssen sich auf erhebliche finanzielle Verwerfungen einstellen. So ist bei den Gewerbesteuereinnahmen von Einbrüchen von bis zu 50 Prozent auszugehen. Deshalb fordern der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi und die Bürgermeister aus den Städten Olching und Puchheim, Andreas Magg und Norbert Seidl, einen kommunalen Rettungsschirm auch in Bayern.

Die Corona-Krise trifft die Kommunen in mehrfacher Hinsicht hart. Auf der einen Seite fallen Einnahmen aus Einkommens- und Gewerbesteuer aus, auf der anderen Seite haben Sie finanzielle Mehrbelastungen zu tragen. Dies können viele Kommunen nicht alleine schultern.

„Nach ersten Schätzungen werden allein die Gewerbesteuereinnahmen um 4 bis 5 Millionen Euro zurückgehen. Da sind die 140.000 Euro für die berechnete Erstattung der Kitagebühren an die Eltern eine zusätzliche enorme Belastung des kommunalen Haushalts“, betont der Puchheimer Bürgermeister Norbert Seidl. „Die Übernahme der Kitagebühren durch den Freistaat wäre ein guter Anfang, doch diese reicht noch lange nicht aus, um die Kommunen zu entlasten.“

Mit 7 bis 8 Millionen weniger im städtischen Etat rechnet man für das laufende Jahr auch in Olching, und das sei noch eher konservativ gerechnet, so Bürgermeister Andreas Magg. „Es kommt jetzt sehr drauf an, wie lange die Situation andauert, ob es gelingt, die Wirtschaft wieder schnell in Fahrt zu bringen und vor allem den Arbeitsmarkt stabil zu halten. Besonders am Herzen liegen mir auch unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich des Handels, des Handwerks, der Dienstleistung und der Gastronomie. Hier hoffe ich auf einen regelrechten regionalen Boom durch die Verbraucher vor Ort. Dann stabilisieren sich auch unsere städtischen Einnahmen wieder ein wenig!“, sagt Olchings Bürgermeister.

Michael Schrodi, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Landesgruppe Bayern: „Die Kommunen dürfen jetzt nicht alleine gelassen werden. Wir brauchen dringend einen Rettungsschirm für die Städte und



Gemeinden. Hier muss der Freistaat Bayern seiner Verantwortung nachkommen.“ Ein Element dabei kann eine Unterstützung von 100€ pro Einwohner sein und die uneingeschränkte Fortsetzung sämtlicher Förderprogramme des Freistaats. Andernfalls sind die Kommunen gezwungen, bei dringend notwendigen Investitionen oder den sog. freiwilligen Leistungen zu kürzen. „Die Modernisierung von Schulen, der Ausbau von Kitas, mehr bezahlbarer Wohnraum oder die Anstrengungen beim Klimaschutz müssen und dürfen nicht der Corona-Pandemie zum Opfer fallen. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit!“, mahnt Michael Schrodi ein schnelles Handeln an.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte bereits vor einigen Wochen in der Debatte über überschuldete Kommunen Vorschläge für ein kommunales Entschuldungsprogramm gemeinsam mit den Ländern gemacht. Zuständig für die Kommunalfinanzen sind jedoch die Länder. Der Freistaat Bayern ist also nun gefragt, einen groß angelegten Rettungsschirm für die Kommunen aufzuspannen.